

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Wochenausgabe 15,500.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M., incl. Frangiraten 5 M., durch die Post bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 36 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Inserate 5 Ggsp. Beizelle 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis — Tabellenblätter nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Nachdruck der Spalte 40 Pf. Inserate sind bis an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachnahme.

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaktion und Expedition
Johannisstraße 23.
Spezialdruck der Redaction:
Donnerstag 10—12 Uhr.
Freitag 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 1 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.
In den Fällen für Zus. Annahme: Das Bureau, Unterstadtstr. 22, bis 12 Uhr, Rathhausstr. 18, p. nur bis 1 1/2 Uhr.

No. 141.

Dienstag den 21. Mai 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Chermesse endet mit dem 25. Mai.
An diesem Tage sind die Buden und Stände auf den Plätzen der innern Stadt bis 4 Uhr Nachmittags vollständig zu räumen und bis spätestens 8 Uhr Morgens des 26. Mai zu entfernen.
Die auf dem Augustplatz und auf den öffentlichen Wegen und Plätzen der Vorstadt befindlichen Buden und Stände sind bis Abends 8 Uhr des 26. Mai zu räumen und von und mit Sonntag dem 26. bis mit 29. Mai, jedoch lediglich während der Tagesstunden von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends abzubrechen und wegzuführen.
Mit dem Abbruch der Buden auf der Nordseite des Augustplatzes darf nicht vor dem 26. Mai begonnen werden.
Es bleibt auch diesmal nachgelassen, die Schandbuden noch am 26. Mai geöffnet zu halten. Dieselben, wofür sie auf Schwellen errichtet, imgleichen die Carroussells und Jette sind bis Abends 10 Uhr des 26. Mai, diejenigen Buden aber, rücksichtlich deren das Eingraben von Säulen und Streben gestattet und eine längere Zeit zum Abbruch nicht besonders erteilt worden ist, bis längstens den 1. Juni Abends 8 Uhr abzubrechen und von den Plätzen zu entfernen.
Juwiderhandlungen gegen diese Vorschriften, für welche bedeutend auch die betreffenden Bauhandwerker oder Bauunternehmer verantwortlich sind, werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder entsprechender Haft geahndet werden. Uebrigens haben Säumnisse auch die von Obrietheit wegen zu verhängende Beibehaltung der Buden u. zu gemüthigen.
Leipzig, am 11. Mai 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Bangemann.

Gewerbekammer Leipzig.

Deute, den 21. d. Nachmittags 5 Uhr öffentliche Sitzung im Saale der Ersten Bürgerschule.
Tagesordnung:

1) Registranden-Vortrag; 2) Gutachten des Finanz-Ausschusses über a. eine Ministerial-Verordnung, den Mangel an Ein- und Zweimarkstücken betreffend, sowie b. über die vom Central-Berein zur Befämpfung der Zahlungsmittelkrise nachgesuchte Unterstützung; 3) Bericht über die hier tagende Delegirten-Versammlung deutscher Gewerbekammern, die Abänderung der Gewerbeordnung betreffend; 4) Gutachten des Ausschusses für Berichtsgegenstände, betreffend die Unterfügung des Vereins für Erforschung des inneren Afrika.
Leipzig, den 14. Mai 1878.

H. G. Hädel, Secr.

Bekanntmachung.

Das 11. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 5. Juni. Monats auf dem Rathhaussaale öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:
Nr. 1287. Gesetz, betreffend den Bau von Eisenbahnen in Preußen. Vom 8. Mai 1878.
Leipzig, den 18. Mai 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Gerutti.

Bamberger über Vereins- und Presseverordnungen gegen die Socialdemokratie.

Der in Vorbereitung begriffene Gesetzentwurf gegen die Socialdemokratie war in anderer Form schon früher einmal da. Es war dies die famose Strafgesetznovelle, die seiner Zeit vom Reichstage mit erdrückender Majorität abgeworfen wurde. Damals beleuchtete der Abg. Bamberger in längerer trefflicher Rede in der Reichstags-Sitzung vom 27. Januar 1876 den Sinn und Zweck oder vielmehr die Zwecklosigkeit solcher Repressivmaßregeln. Der Redner erkannte die Gefahr der socialistischen Bewegung und die Nothwendigkeit ihrer energischen Bekämpfung vollkommen an, aber er fuhr fort: „Wir stehen auf dem Standpunkt der historischen Erfahrung, die uns sagt, daß alle diese kleinen Panzermitteln mit Pressparagrafen und nicht helfen können in solchen Fragen. Wir haben ja diese Geschichte seit 50 Jahren in der ganzen Welt gesehen. Nur seit, als zum ersten Male eine lebhaft socialistische Partei auf dem Continent aufkam, zur Zeit des Grafen St. Simon, wie werden sie da verfolgt! Sie haben jahrelang in den Gefängnissen gesessen und nichts desto weniger ist die Sache weiter gegangen. Wie wurde unter der Julirevolution verfahren? Da wurden alle Angriffe der socialistischen Literatur auf das Urrecht verfolgt. Dieses Gesetz, das man uns heute vorlegt, ist nichts als die ganz slavische Copie der sogenannten Septembergesetze aus dem Jahre 1834. Nun, meine Herren, was hat es denn gekostet? Im Jahre 1848 zeigt die Junischlacht, welche ungeheure Masse von communischem Stoff gerade diese Gesetzgebung zurückgedrängt hatte in die Herzen der Population, der viel gefährlicher herangewachsen war, viel mehr Vätertheil, viel mehr condensirte Kraft gesammelt hatte, als eine freie Discussion gegeben hätte. Ich bin nicht der Ansicht des Herrn Abg. Koster, daß man sich absolut darauf verlassen kann, daß bei freier Discussion überhaupt und überall die Wahrheit liegen wird. Ach, das Reich der Lüge ist so groß! Die kann auch sehr lange die Oberhand haben. Aber, meine Herren, diese Mittel, die Sie vorschlagen, helfen nichts. Die Junischlacht war mit Mühe geschlagen, die französische Gesellschaft athmete für eine Zeitlang auf; unter dem Königthum war doch wirklich die Presse nicht übermäßig frei. Es gab auch damals keine absolute Freiheit der Versammlung in Frankreich, aber unter dem Kaiserthum war sie absolut nicht möglich. Jede Vereinigung von zwanzig Personen, die nicht autorisirt war, verfiel sofort dem Strafgericht. Was war die Folge? Sie haben es gesehen, welchen massenhaften Stoff die Commune ausgiebig in einem einzigen Moment, und in welchem Moment, meine Herren? In einem Moment, wo die höchste Gefahr das Vaterland bedrängte, wo jeder Mensch, der noch einen Funken von Patriotismus im Herzen trug, in Frankreich das gemeinsame Unglück gemeinsam hätte mittragen helfen; in einem Augenblicke, wo — man mochte noch so communisistisch und socialisistisch gesinnt sein — im Angesicht der Feinde und des untergetretenen Vaterlandes der Daß hätte schweigen sollen. Nein, so geringfügig war, trotz des Drucks des napoleonischen Verbots der Versammlungen, die ungeheure Unfreiheit angewachsen, daß angesichts der massenhaften Deere die Bürger sich versammelten und die Stadt Paris, auf welche Frankreich stolz ist, in Trümmern ausgehen zu lassen drohten.“ — Diese Erfahrungen enthalten eine Warnung so eindringlicher Art, daß selbst diejenigen, welche sich über socialistische Einwürfe mit grundsätzlicher Beredsamkeit hinwegsetzen, bedenklich werden müßten. Die Maßregeln, die uns vorgeschlagen werden, können das Uebel kaum heilen, vielleicht noch verschlimmern; keinesfalls werden sie dazu beitragen, das Reich populärer zu machen. Darum Vorsicht!

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 20. Mai.
Gegen die heranrückende Reaction bringt die „Nat.-Ztg.“ einen ergreifenden Warnungsartikel, worin es heißt:
Mit tief empfundenen Worten hat der Kaiser dem Gefühl geantwortet, das voll und ungeteilt in Liebe und Verehrung ihm aus Aller Herzen entgegenquillt. Wo ist innerhalb dieser erbedenden Bewegung ein einziger Mißklang vernommen worden? Jede Parteinahme hat eine Weile aufgehört; es gab nur die Partei der ehrlichen Leute und eine kleine Schaar unreifer Buden und feiger Prediger des Tyrannenmordes. Wir wollen noch nicht glauben, daß dieses Schauspiel, welches der friedlosen Welt das Bild eines einigen, um seinen Fürsten und Helden wie in den schönsten Tagen des großen Jahres im Sturm der Begeisterung geschaarten Volkes zeigt, ein häßliches Nachspiel erhalte, ein Nachspiel für das schwarze Nachgeplänkel, mit unberechenbarem Ausgange. Denn anhalten, auf gewisse Kreise beschränkt läßt sich die Reaction nicht. Für die augenblickliche Unterdrückung der demagogischen Wühlerei taucht man für die Zukunft unbedachte Uebel ein. Den festen Wall, den gerade jetzt der gesunde Sinn des Volkes dagegen zu errichten begann, untergräbt man; gewaltthätig treibt man durch Nothwehr und außerordentliche Maßregeln die liberalen Parteien des Bürgerthums zum Widerstand gegen eine Staatskunst, die das Reich, das durch die Besetzung und Vernichtung des napoleonischen Kaiserthums begründet wurde, mit den Mitteln und Methoden der Priesterherrschaft, im Bündnis mit dem orthodoxen Priesterthum, schlingen will.
Kein Gesetz wird für die Ewigkeit gegeben und wenn in der Handhabung des allgemeinen Wahlrechts, in der Freiheit der Versammlung, in dem Uebermuth der Rede sich Mißbräuche, Mißstände, Unzulänglichkeiten herausgestellt haben, so wird kein Verhängnis die Unterdrückung derselben, im Falle ihre Schädlichkeit nachgewiesen wird, ihre Beseitigung verweigern. Die Hand des Gesetzes zu stärken wo nöthig, ist man allseitig bereit, aber nicht die Willkür will man bereinigen. Und solche Vorschläge gewinnen noch ein ganz anderes Ansehen, sobald sie, noch gläubig in der Farbe des Unwillens und der Leidenschaft, gleichsam als Antwort auf eine freche Herausforderung vor das Volk hintreten und die gesellige Weisheit für sich fordern. Die Schuldigen treffe die ganze Strenge des Gesetzes, aber der Gesetzgeber verleihe niemals seine Weisheit und Würde. Er vermeide auch den leichesten Krampfbau, den schwächsten Schein, als könne seine Forderung von seiner Erregung, sein Gebot von seinem Borne beeinflusst sein. Daß ein Wahnsinniger oder ein Bube, ein lechter Kömer oder ein Prahlhans des Verdrehens das Leben eines Fürsten bedroht, wird kein Gesetz zu verhindern im Stande sein; in der Versammlung des Senats fiel Caesar, auf einem Maskenball traf Gulland III, die mörderische Kugel. Mit einem besseren Saug als jede Waage, jede Strafbestimmung umgibt noch immer die Liebe des Volkes einen Fürsten, fester als auf jedem Gesetz ruht die Herrschaft unseres Kaisers auf diesem „rocher de bronze stabiliser“. Auf Freiheit, Recht und Billigkeit hat er selbst unser Reich gegründet; wenn diese Grundlagen nicht mehr dauerhaft genug erscheinen, wie könnten es Polizeimaßregeln, Unterdrückungsparagrafen, die nur den guten Bürger schrecken und hindern, während sie der schlechte geschickt zu umgeben weiß!
Mit solchen Verböten, die angeblich nur zur Erhaltung der Ordnung, zum Schutze des Eigenthums erlassen werden, sind die Reaction im Jahre 1849 an und wo anders hier! In einer ästhetischen Versumpfung aller politischen und religiösen Verhältnisse, in der Katastrophe von Broyard, in der Ermordung des preussischen Königs, in einer Falschmünzerei der Frömmigkeit und der Loyalität, die den gerechten Unwillen und die Sorge des damaligen Prinzen von Preußen erregte, als er die Regentenschaft antrat. Gegen die heillose Vermirrung jener Lage, die Errichtung jeder politischen Thätigkeit in unserem Staate, gegen die Herabwürdigung des preussischen Staats gegen die Unbedeutendheit der Ausschreitungen einer Partei, die zur guten Hälfte aus Unmündigen und Betöhrten besteht. Seit dem 2. September 1870 hat es keinen Tag gegeben, wo das deutsche Volk sich so fest und innig mit seinem Kaiser verbunden fühlte, so rüchhallos ihm vertraute, wie er

und vertrauen konnte, so freudig ihm zujubelte, als den 11. Mai 1878. Und dieser Tag sollte zu dem verbängnißvollen Ausgangspunkt einer Staatskunst werden, die, mit der Unterdrückung einer Partei beginnend, mit der Vernichtung jeder Freiheit aufhören muß!
Anderer Zeichen gesehen hat dazu — über der Bevölkerung liegt das Gefühl, als sei die ganze Tendenz der Regierung in das Rollen nach Rechts gekommen, immer weitere Kreise jurüdrückend und von sich stoßend. Ein Minister, der die Gesetzbücher des neuen Reiches wie kein Anderer versteht, dem man einzig vorwerfen kann, daß er Priesterherrschaft und Verwirrung nicht unter dem Deckmantel der Religion herrschen lassen wollte, bereitet sich zu geben — wie Vieles würde er auf seinem Gange mitnehmen. Welch ein Zusammenstoß: jener Abgang, der tief in das Herz der Bevölkerung trifft, die eben noch ihrem Kaiser zujubelte, und die Proclamation von drohenden Ausnahmemaßregeln. Hi es ein Wunder, wenn das Wort „Reaction“ auf Aller Lippen ist? Wären die unerschütterlichen Mächte, die bisher den Kaiser und das Reich beschützt, diese Wendung, die noch gefährlicher für die Zukunft sein würde, als sie beklagenswerth für die Gegenwart ist, von ihm und uns abzuwenden.
Daß die Socialdemokratie selbst sich bei der gegen sie angeführten allgemeinen Hege vollkommen wohl befindet, lehrt ein Artikel ihres Berliner Organs, der böhmend sogar schon die Hinterthüren aufzählt, durch welche die verfolgte Partei entfliehen werde. Die „Berliner freie Presse“ schreibt:
„Man verbiete unsere Versammlungen; gut, dann treten wir in die bürgerlichen Bezirksvereine ein und tragen unsere Lehren dort vor. Jede Werkstatt, jeder Keller, jede Dachwohnung, jede Kneipe bietet uns ein Mittel zur Agitation; wir werden diese Mittel energischer im Geheimen benutzen, wenn man unsere öffentliche Agitation unmöglich macht; außerdem würde unseren Agitatoren eine längere Ruhepause (Sommerferien) zur Erholung und Kräftigung recht dienlich sein. Das sollten die Gegner doch längst eingesehen haben; mit solchen kleinlichen Polizeimaßregeln ist einer großen, weltgeschichtlichen Idee nicht beizukommen.
Will man uns in der That vernichten, ist man wirklich der Ansicht des Herrn Karl Braun, daß der Socialismus eine Pest sei, die vom Erdboden vertilgt werden müsse, dann lasse man die Sache auch ordentlich an. Die reactionären Blätter fordern in verächtlicher Weise ja schon lange zu einem blutigen Vorhaben gegen uns auf; wozu die trümmigen Wege? Sage man das geplante Mittel doch ehrlich heraus!
Ein lustig Schiefen soll uns hoch erfreuen! Der Socialist soll unsere Scherbe sein!
Aus den Verhandlungen des Bezirksvereins des Köplicher Stadtviertels ist uns bewiesen, daß man auf der Polizei eine Liste über die Gesinnung der Berliner Bürger führt. Vielleicht läßt sich diese Liste so erweitern, daß man ein Verzeichniß aller Socialisten Berlins bekommt. Diese Leute muß man vernichten. Nur kein schwächliches Erbarmen.“
Die Angabe, daß die Entscheidung im preussischen Staatsministerium in Betreff der Vorlage gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie durch Abstimmung erfolgt sei, sowie die Bezeichnung von Mitgliedern, welche eine Minorität gegen die Vorlage gebildet hätten, wird durch ein Telegramm von Berlin aus für unbegründet erklärt; vielmehr sei das Staatsministerium nach wiederholter und eingehender Berathung in völliger Uebereinstimmung und mit Einigkeit zu dem Beschlusse gelangt, die Vorlage einzubringen.
Die „Post“ schreibt: Welche Gründe auch immer für das Abschließegesuch maßgebend gewesen sein mögen, welches der Ministerial-Rath eingereicht haben soll, — so viel können wir auf Grund zuverlässiger Information versichern, daß es nicht Differenzen im Schooße des Staatsministeriums gewesen sind. Zwischen Herrn Falk und den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums, namentlich auch dem augenblicklich abwesenden Präsidenten derselben sind auf dem gesammten Gebiete der Tagesfragen Meinungsverschiedenheiten nicht zu Tage getreten.
Man telegraphirt der „Nat.-Ztg.“ aus Berlin vom 19. Mai: Es wird nachträglich bekannt, daß die

Mittheilung von dem Entlassungsgesuch des Cultusministers Dr. Falk bis gestern aller Welt unbekannt war und zuerst durch ein dem Minister nahe stehendes Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses weitere Verbreitung gefunden hat. Edgewandt den Anschein, als ob selbst die übrigen Minister von dem Schritte ihres Collegen keine Kenntniß gehabt hätten. Jedenfalls hätte Dr. Falk das Entlassungsgesuch ohne vorheriges Einberufen mit seinen Collegen eingereicht. Nicht ohne Eindruck ist es geblieben, daß das Vorgehen Falk's weitere Entlassungsgesuche nach sich ziehen soll. In den Kreisen, aus denen Ministerial-Rath als Parlamentsmitglied in das Ministerium getreten ist, gilt es als ausgemachte Sache, daß die Bestätigung seiner Entlassung den Rücktritt des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten Dr. Friedenthal und möglicher Weise auch jenen des Finanzministers Hochreit zur Folge haben werde. Man will deshalb annehmen, daß das Entlassungsgesuch vielleicht seine Bestätigung nicht finden werde. Erst die Ankunft des Fürsten Bismarck soll die Entscheidung bezüglich dieser Angelegenheit bringen.
Das „Deutsche Woch.“ bringt folgende Mittheilung aus governmentalen Kreisen, die es selbst vertreten mag: „Das Entlassungsgesuch des Ministers Dr. Falk wurde trotz der officiellen Gegenerklärungen in Wahrheit erst um die Mitte der letzten Woche eingereicht und wird, falls es angenommen werden sollte, die weitgehendsten Folgen nach sich ziehen. Die drei minores mögen unberücksichtigt bleiben, damit wir uns gleich der Hauptsache zuwenden können: Es soll sich nämlich den oben erwähnten Gerüchten zufolge für den Fall, daß Dr. Falk's Entlassung angenommen würde, um nichts mehr und nichts weniger als den Rücktritt des Fürsten Bismarck handeln. Mit dem Scharfblick nämlich, welcher denselben bei allen Dingen der auswärtigen Politik auszeichnet, erkennt er in dem etwaigen, jetzt erfolgenden Rücktritt des Ministers Falk den ersten Schritt zu einem Zurückweichen im Kampfe mit der Kirche oder vielmehr mit dem Clerus, dem unbedingt, weil innerer Nothwendigkeit entspringend, andere folgen müssen. Nach wie vor hält er aber fest an seinen Worten: „Nach Canossa gehen wir nicht!“
Die Mittheilung, daß Graf Herbert Bismarck von Friedrichstraße in Berlin eingetroffen sei, beruht auf einem Irrthum. Es sind daher auch die Folgerungen, welche an dieselbe bezüglich der Rückkehr des Reichskanzlers geknüpft wurden, hinfällig.
Eine der von dem Attentäter Hödel abgeschossenen Kugeln soll nach der „Nat.-Ztg.“ auf dem südlichen Straßendam der Linden, nahe dem russischen Botschaftshotel im Staube gefunden worden sein. — Mit welcher Freiheit der Attentäter Hödel zu Werke geht, beweist folgende von ihm am Sonnabend gemachte Aeußerung gegen einen der mit ihm in Berührung kommenden Beamten: „Man wird hier wie ein Hund behandelt,“ redete er denselben an; „nicht einmal eine Zeitung kriegt man hier, sorgen Sie dafür, daß ich morgen eine Zeitung erhalte.“ u. s. w. — Die Zeugniserklärungen wurden am Sonnabend fortgesetzt und waren gegen 2 Uhr beendet, dieselben bringen nichts wesentlich Neues. Hödel bleibt bei seiner Behauptung fest stehen, daß er nicht den Kaiser, sondern sich habe erschossen wollen.
Wie man aus Fulda meldet, hat Hödel im vorigen Jahre eine Zeit lang dort gelebt, wo er bei dem Klempnermeister und Lampenfabrikanten E. Bellinger in Arbeit fand. Viele wollen sich seiner Persönlichkeit noch genau erinnern und behaupten, daß derselbe an den Versammlungen des Arbeiter-Fortbildungsbereichs eifrig Theil genommen, im Uebrigen aber in melancholischer Abgeschlossenheit gelebt habe. Der genannte Bereich buldigt nichts weniger als social-demokratischen Tendenzen, so daß es wahrscheinlich ist, daß Hödel nur durch denselben seinen socialistischen Ideen bei den Ar-